

INTERVIEW: Die Grünen möchten sich im Bauernverband verstärkt einbringen

«Freihandel hat mehr Nachteile»

Nationalrätin und Bäuerin Maya Graf (Grüne, BL) wurde als erste Vertreterin ihrer Partei zur zweiten Vizepräsidentin des Nationalrats gewählt. Im Jahr 2013 wird sie voraussichtlich Präsidentin des Nationalrats.

INTERVIEW:
DANIEL SALZMANN
SAMUEL KRÄHENBÜHL

«Schweizer Bauer»: Sie sind als erste Grüne im Präsidium des Nationalrats. Wann streben Sie ein Vizepräsidium im Bauernverband an?

Maya Graf: Ich plane – seit ich Politik mache – nie langfristig. Aber ich sage auch nie Nein. Ich möchte das Präsidium des Nationalrats 2013 zuerst erfolgreich ausüben, bevor ich mir weitere Gedanken mache. Bisher hat tatsächlich nie jemand an die Grünen gedacht. Dabei haben wir immer dazu beigetragen, dass die Agrarvorlagen durchgekommen sind. In unserer Parteibasis hat es viele landwirtschaftsnahe Leute. Wichtig ist auch für die Schweizer Landwirtschaft, dass der Bauernverband aus dem Schatten der Parteipolitik kommt. Die Bauern wählen heute nämlich nicht mehr nur SVP oder CVP, sondern eben auch Grün. Wir brauchen Biodiversität, auch im Bauernverband. Und auf die aktuelle Landwirtschaftspolitik übertragen, heisst das: Vielfalt und ökologische Innovationen auf unseren Bauernhöfen. Da stellt sich dann auch die Frage, wie wir die Bundesgelder verteilen. Und da muss ich den Hardcore-SVP-Bauern entgegenreten, welche meinen, dass sie für ihre intensive Produktion am meisten Geld bekommen sollten.

Die SVP und die Grünen haben aber auch viele agrarpolitische Gemeinsamkeiten. Ist es nicht eine Option, dass SVP und

Grüne bei Bundesratswahlen zusammenspannen?

Wir hatten ja auch Bauernverbandspräsident Hansjörg Walter wählen wollen. Wir machen Allianzen mit allen Parteien, aber in Sachfragen. Auch bei der SVP gibt es einige Bauernvertreter, mit denen wir sehr gerne zusammenarbeiten. So haben wir bei der Verkäsungszulage angeboten: Wir helfen, die Verkäsungszulage auf 15 Rappen aufzustocken, aber ihr helft uns, die Entwicklungsgelder für Klima- und Wasserprojekte um 100 Millionen aufzustocken. Ich kämpfe jedoch gegen die Konfrontation zwischen Stadt und Land, welche die SVP heraufbeschwört. Stadt und Land brauchen einander. Die Landwirtschaft kann in den Agglomerationen ihre Produkte zu einem besseren Preis verkaufen. Die Städter auf der anderen Seite können über die Landwirtschaft gesunde Lebens-

mittel, Naturschutz und Naherholung einkaufen.

Worin unterscheidet sich die Agrarpolitik der Grünen von derjenigen der SP?

Der Hauptunterschied liegt beim Aussenhandel. Die SP sieht bei den Freihandelsabkommen auch im landwirtschaftlichen Bereich einen Gewinn für alle Seiten. Wir Grünen hingegen knüpfen auch die Freihandelsbestrebungen bei den landwirtschaftlichen Gütern an soziale und ökologische Kriterien. So

kommt man unweigerlich zum Schluss, dass landwirtschaftliche Produkte nicht mit anderen Gütern verglichen werden können. Die Landwirtschaft ist an den Boden und an das Klima gebunden und eignet sich daher nicht für den Frei-

Interessen hinein?

Der Blickwinkel ist entscheidend.

Steht man auf der Seite der Kleinbauernfamilien und der ländlichen Bevölkerung

und wissen deshalb: Für Kleinbauern heisst Freihandel Land- und somit auch Kaufkraftverlust. Sie werden gezwungen, entweder in einer grösseren Struktur mitzuarbeiten, oder ihr Land verfällt der Spekulation und wird abgekauft. Es ist fatal: Auf dem Land ist der Hunger am grössten. Daher zeigt auch der Weltagrarbericht auf, dass im Kampf gegen den Hunger die bäuerliche Landwirtschaft weltweit gestärkt werden muss.

Bei der WTO gibt es eher einen Konsens im rot-grünen Lager, doch beim EU-Agrarfreihandel ist Ihre Seite gespalten. Bio Suisse und IP-Suisse sind positiv gestimmt – sind diese von den Grossverteilern abhängig?

Nein. Ich selbst habe überhaupt kein Problem mit der Haltung von Bio Suisse, die ich taktisch nicht schlecht finde. Bio Suisse als Branchenorganisation hat eine andere Rolle als wir als Grüne Partei. Wenn Bio Suisse sagt, wir wollen lieber mitarbeiten und mit dem Bundesrat an einem Tisch sitzen, um erst am Schluss zu entscheiden, dann kann ich dies gut verstehen. Als Branche ist es ein bisschen heikel, zu sagen, uns interessiert dies nicht, wir sind sowieso dagegen – wenn es dann trotzdem kommt, hat man nicht mitgearbeitet. Wir als Grüne Partei sollten hingegen mit anderen Parteien zusammen den politischen Druck aufrechterhalten und immer wieder darauf hinweisen, dass ein Freihandel für unsere Schweizer Landwirtschaft heute mehr Nachteile als Vorteile bringt.

Derzeit sind die Agrarfreihandel-Verhandlungen mit der EU blockiert, anscheinend, weil die EU die automatische Übernahme von EU-Recht fordert. Wie stehen Sie dazu?

Die automatische Übernahme von EU-Recht kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Dafür gibt es im Moment sicher auch keine politische Mehrheit.



del. Diese Position der Grünen wurde durch den Weltagrarbericht im Jahr 2008 bestätigt. Die Bauern überall auf der Welt sind die Verlierer bei unbegrenztem Freihandel und bei der Machtkonzentration der Agromultis. Eigentlich erstaunlich, dass dies bei der SP nicht erkannt wird.

Genau das wird von verschiedenen Kreisen bestritten, auch vom Gesamtbundesrat und speziell von Bundesrätin Doris Leuthard. Sind diese nicht informiert, oder spielen höhere

im Süden, dann erkennt man, dass sie die Globalisierungsverlierer sind. Leuthard hingegen übernimmt die Perspektive der Agrarminister, welche auf steigende Exportzahlen verweisen. Auf dieser Ebene gewinnt sie natürlich ein positives Bild – es war ja bezeichnend, dass Frau Leuthard meinte, die Bauern in Indien demonstrierten für die WTO und nicht gegen die WTO. Wir Grünen arbeiten mit NGO zusammen und halten Kontakt zu Kleinbauernvereinigungen und grünen Parteien im Süden